

Herr Gleß gab bekannt, dass am 18.10.2007 bezüglich der Bebauung des Grundstückes des Spiritaner-Ordens an der Graf-Zeppelin-Straße eine Informationsveranstaltung stattgefunden habe.

60 bis 65 Bürger haben sich über die Vorstellung der Bebauung interessiert gezeigt. Die ca. 1 ½ Stunden dauernde Veranstaltung sei aus seiner Sicht sehr sachlich und harmonisch verlaufen. Sein Eindruck sei, dass die Bürger mit den Antworten auf ihre gestellten Fragen zufrieden waren. Sollte der Bauantrag gestellt werden, könne man mit gutem Gewissen eine Genehmigung erteilen, obwohl noch bestimmte Dinge zu klären seien, wie die Unterbringung der ebenerdigen Stellplätze, die Verkehrssicherheit auf der Graf-Zeppelin-Straße, der Baustellenverkehr etc. Die Lösung dieser Probleme würde im Zuge der Antragstellung erfolgen.

Herr Meyer-Eppler bedankte sich bei Herrn Gleß und seinen Mitarbeitern für die Bürgerversammlung, er habe den Eindruck, dass sie sehr gut vorbereitet war.

Frau Reese stellte die Frage, ob für die verloren gehende Grünflächen ein Ausgleich geschaffen würde. Dies wurde von Herrn Gleß dahingehend beantwortet, dass dies auf eigenem Grundstück erfolge.

Herrn Hennig erinnerte an den Antrag der CDU-Fraktion vom 04.07.2007 zur letzten Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusssitzung. Nach dieser Sitzung seien an drei Stellen der Niederpleiser Straße Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden. Dabei zeigte sich, dass die Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h nicht von allen Verkehrsteilnehmern eingehalten wurde.

Die Kennziffer V^{85} , also die Geschwindigkeit, die von 85 % der Verkehrsteilnehmer nicht überschritten wird, liege an allen Messstellen knapp unter 50 km/h. Dieser Wert sei innerhalb einer Tempo-30-Zone nicht akzeptabel, so dass hier seitens der Verwaltung Handlungsbedarf gesehen wird.

Gemeinsam mit dem Büro Planersozietät werde die Verwaltung Lösungsansätze erarbeiten. Im Anschluss an diese Arbeiten sei vorgesehen, die Ergebnisse den Anwohnern der Niederpleiser Straße in allen drei Abschnitten als Maßnahmekonzept in einer Bürgerversammlung vorzustellen. Die Verwaltung sagte zu, die Ergebnisse der Zählungen und Messungen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Nachfragen von Frau Feld-Wiehlpütz zu den Messstellen wurden von Herrn Hennig beantwortet. Ergänzend teilte er mit, dass mit dem Büro Anfang November eine Begehung gemacht wird. Frau Feld-Wiehlpütz erinnerte daran, dass der untere Bereich zwischen Hongsburg und B 56 und auch der Bereich Am Engelsgraben Schulweg sei und die Angelegenheit doch sehr dringend zu betrachten ist.

Herr Klein berichtete, dass zum Bebauungsplan 220 „P&R Parkplatz Hangelar“ die frühzeitige Träger- und Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Von den Behörden seien keine grundsätzlichen Bedenken geäußert worden. Die Öffentlichkeit hätte gleichwohl Fragen aufgeworfen zum Lärm- und Artenschutz. Es sei daraufhin u.a. ein Schallschutzgutachten in Auftrag gegeben worden, die Bearbeitung dauere noch an. Mit dem Auslegungsbeschluss würde man sehr wahrscheinlich in den nächste Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses kommen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Frank ergänzte Herr Klein, dass die noch fehlenden Grundstücke zwischenzeitlich erworben sind.

Bezüglich der Lehrerparkplätze im Bereich Zentrum berichtete Herr Schmitz, dass im Rahmen der Baumaßnahmen im Bereich des Bebauungsplanes 113 die Kanalisation und die Baustraßen ausgebaut wurden. In diesem Zuge mussten die Lehrerparkplätze beseitigt werden. Die Baumaßnahme sei abgeschlossen. Auf dem Baufeld MK 2 sei die Fläche mit Schotter hergerichtet, so

dass dort wieder geparkt werden kann.

Vom Fachbereich 1 sei an den Bauhof die Anordnung ergangen, gegenüber dem Rathaus auf dem Schotterparkplatz Lehrerparkplätze auszuweisen.

Zwischen Aula und MK 2 könnten ca. 20 Lehrerparkplätze fest installiert werden. Im Zuge der weiteren Überlegungen müsse zwischen Fachbereich 5 und der Bauordnung sowie den Lehrern festgestellt werden, wie viele Stellplätze den Lehrern zur Verfügung zu stellen sind. Momentan sei ausreichend Parkplatz für die Lehrer vorhanden.

Herr Schäfer erinnerte daran, dass Flächen für die Parkplätze der Lehrer bei der Errichtung des RSG vorgesehen waren. Mit 20 Parkplätzen sei der Bedarf bei 59 Lehrkräften nicht abgedeckt. Es sei also notwendig festzustellen, wo die Parkplätze früher angedacht waren. Sollte dies nicht mehr nachvollziehbar sein, müsse man heute eine Ausweisung vornehmen.

Herr Gleß ergänzte, dass für die Beratung eigentlich der Zentrumsausschuss zuständig ist, der dann eingeschaltet wird, sobald es dies erfordert.

Herr Gleß verwies abschließend auf den Zeitungsartikel des Rhein-Sieg-Anzeigers vom vergangenen Wochenende zum Thema „Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Sieg-Kreis“ und hierzu auf die Frage, wie sich die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Sieg-Kreis zu den prognostizierten Zahlen der Fa. Empirica verhält.

Sehr negativ aufgefallen sei ihm die Aussage, dass trauriges Schlusslicht in der Kette der Bevölkerungsrückgänge die Stadt Sankt Augustin im 2. Halbjahr 2006 sei mit einem Rückgang von ca. 220 Einwohnern in einem halben Jahr.

Diese unpräzise Aufarbeitung von Zahlen würde suggerieren, dass nur eine positive Bevölkerungsentwicklung Signal für eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik sei. Zum anderen seien die Zahlen falsch. Denn im Jahre 2006 sei die Bevölkerung in Sankt Augustin angewachsen um rd. 180 Einwohner.

Man sei in Sankt Augustin gut aufgestellt, was die Steuerung der Bevölkerungsentwicklung angehe. Er habe sich über diesen Artikel geärgert und er überlege, inwieweit er diese Zahlen richtig stellen soll.

Herr Metz wies darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Anzeiger die Zahlen vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erhalten habe. Er hätte sich davon überzeugt, dass von 2005 zu 2006 tatsächlich ein Rückgang zu verzeichnen ist.

Wenn die Zahlen tatsächlich vom Landesamt kämen und diese falsch sind, müsse untersucht werden, wo der Fehler liege. Unabhängig davon müsse die Stadt für jede Altersgruppe an Lebensqualität aufholen, damit ein Anreiz zum Verbleib gegeben ist. Das gelte sowohl für Senioren als auch für Jugendliche.

Auch Herr Züll meinte, dass man die Zahlen mit einer gewissen Distanz sehen sollte. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass die Zahlen des LDS teilweise um ein Jahr zurückgingen zum Vergleich zu der Statistik vor Ort.

Frau Feld-Wielpütz könne grundsätzlich die Aufregung verstehen; man sei aber mit der Arbeit insgesamt auf einem guten Weg. Man müsse sich nicht rechtfertigen, wenn man das Ergebnis der hier geleisteten Arbeit sehe.

Herr Schäfer stellte fest, dass die Zahlen von der Verwaltung durchaus zu korrigieren seien, falls sie sich als falsch herausstellen würden, zumindest in Form eines Presseartikels.

Ende des öffentlichen Teils 20.50 Uhr